

# Aktiv gegen Wohnungsnot

## Stellungnahme der Wagenburg im Neuenheimer Feld

Die Wagenburg im Neuenheimer Feld ist ein selbstverwaltetes Wohnprojekt, wo Studierende und Nichtstudierende in selbstausgebauten Bau- und Zirkuswagen seit März zusammenleben. Für viele von uns war das Leben in der Wagenburg anfangs Selbsthilfe gegen die Wohnungsnot, Alternative zu Obdachlosigkeit, überfüllten Wohngemeinschaften und überbelegten Kellerlöchern. Mittlerweile ist uns das Wagenleben eine andere Form von Leben und Zusammenleben. Wir kümmern uns um alles selbst: Wasser, Abwasser, Strom, Müllentsorgung, Holz usw. Zusammenleben, wie wir es wollen, nach unseren Regeln, unabhängig von VermieterInnen und der Gunst von WohnungseigentümerInnen. In der gesamten BRD ist es verboten, im

Wagen zu wohnen. Die Gesetze bzgl. des Wagenlebens stammen zum Teil noch aus der Nazizeit und dienen dazu, LandfahrerInnen, Sinti und Roma das Leben schwer zu machen. Seit Monaten sind die Wagenburgen in den baden-württembergischen Universitätsstädten einem permanenten Räumungsdruck ausgesetzt. In Tübingen und Stuttgart sind sie wurden mit der wortgleichen Räumungsverfügung geräumt - in Stuttgart bereits mehrmals. Die Ämter in Heidelberg und Freiburg machen mit Tübingen und Stuttgart gemeinsame Sache. Anstatt, wie in nördlicheren Städten üblich, unbürokratische Hilfe zu leisten und Gebäude für derartige Nutzung (zumindest während der Semester) zur Verfügung zu stellen, wird die Entscheidung in Heidelberg und Tübingen jetzt an den Ge-

meinderat abgeschoben. Konkret heißt das für uns WagenbewohnerInnen, daß die Stadt einen Bebauungsplan erstellt, der die Anzahl der Wagen von vornherein beschränkt und anderen Menschen die Möglichkeit nimmt, sich uns anzuschließen; des Weiteren, daß uns bei sehr kleinen Ersatzgeländen die Räumung genauso bevorsteht wie bei negativer Gemeinderatsentscheidung. Wir haben also null Sicherheit. Die bewußt einseitige Berichterstattung der RNZ baut darauf, das Klima für eine solche Entscheidung zu schaffen.

Nachdem die Stadt nach monatelangem Dialog mit uns nun Informationen an die Presse gibt und uns so ins "öffentliche Interesse" rückt, haben wir beschlossen, Gegenöffentlichkeit zu machen, wozu diese Erklärung ein Anfang sein soll.

Mit solidarischen Grüßen an alle Wohnungssuchenden

die BewohnerInnen der Wagenburg



## Ein Jahr freie Fahrt für'n Hunni?

### Wird der Studiausweis Fahrkarte in Heidelberg?

Sicher habt ihr euch auch schon über die Preise des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), sprich HSB, OEG und ähnliches, aufgeregt. Die Monatskarte kostet fast 50 DM, Wochenkarten kommen noch teurer.

Oder ihr wollt morgens zur Uni, Scheiße es regnet, Straßenbahn oder Bus wären viel angenehmer. Das kostet aber 3,60 oder 4,60 hin und zurück. Ein teurer Spaß um eine Stunde lang den ÖPNV benutzen zu können.

Also zahlen oder schwarzfahren.

Schnell mal in einen Bus zu steigen und ein paar Stationen weiterzufahren, weil es sich gerade anbietet, zahlen oder doch laufen?

Oder ihr gehört zu denjenigen, die sich mit dem eigenen Fahrzeug in den Heidelberger Verkehrstau stürzen. Ständig auf Parkplatzsuche, Parkgebühren entrichten oder aus Verzweiflung Knöllchen akzeptieren.

Unserer Meinung ist das eine beschissene Situation, die wir ändern wollen.

Wir planen die Einführung eines Studitickets, mit dem Studierende jederzeit billig im ganzen Verkehrsverbund Rhein-Neckar verkehren können, d.h. bis Mannheim, Ludwigshafen, Speyer, Wiesloch, Bensheim usw.

Das Studi-Ticket soll über eine Erhöhung des Semesterbeitrags, der ja bereits Mensa und studentisches Wohnen und Kultur abdeckt, finanziert werden, da eine kostengünstige Beförderungsmöglichkeit allen Studis zur Verfügung stehen sollte.

Wie sieht das Ganze konkret aus?

Das Studentenwerk erhebt die Kosten für das Studiticket (unverbindliche Schätzungen zwischen 65-100 DM) zusätzlich zum schon bestehenden Semesterbeitrag. Dadurch wird automatisch der Ausweis für Studierende zum gültigen Fahrausweis für das gesamte Tarifgebiet des VRN.

Diese Erhöhung entspricht einem monatlichen Betrag von 10.80 DM - 16.60 DM.

Im Vergleich dazu kostet eine Monatsfahrkarte allein für das HSB Gebiet zur Zeit 48 DM oder z.B. eine Monatskarte für die Strecke Heidelberg - Mannheim 94 DM.

Dies zeigt ganz deutlich, daß das Studiticket vom Preis - Leistungsverhältnis nicht zu schlagen ist.

Wir wollen,

- daß die Nutzung des ÖPNV für Studierende so billig und effektiv wie möglich wird.

- daß sich der studentische motorisierte Individualverkehr (MIV) zugunsten des ÖPNV verringert.

- daß sich die Mobilität der Studierenden erhöht.

- daß auch Studierende erkennen, daß Mobilität nicht länger auf Kosten von Mensch und Natur erzielt werden darf.

- daß die verstärkte Nutzung des ÖPNV, der Umstieg weg vom MIV und die Unterstützung des Studi - Tickets ein Schritt zur Verwirklichung von besserer Lebensqualität in unseren Städten ist.

Zur Realisierung sind allerdings noch einige Hürden zu überwinden:

Der Semesterbeitrag ist zweckgebunden für studentische Kultur; Wohnen, Mensa, im Studentenwerkgesetz fehlt aber ein Bezug auf öffentliche Beförderung. Herr Gutenkunst vom Studentenwerk Heidelberg will sich für die Änderung der Zweckbindung einsetzen, Kontakte zu den Parteien wurden auch schon geknüpft. Da bei ähnlichen Vorstößen in Stuttgart und Mannheim das zuständige Wissenschaftsministerium für das Studiticket war, sollte die Gesetzesänderung kein Problem sein.

In Heidelberg sind eigentlich alle Beteiligten dafür (Uni, alle Hochschulgruppen, Studentenwerk, Beate Weber, HSB), nur die Höhe des Semesterbeitrages müßte noch ausgehandelt werden.

In Mannheim läuft demnächst sogar schon eine Urabstimmung der Studierenden zu diesem Thema.

Am besten wäre ein Modellversuch für das ganze VRN-Gebiet mit entsprechender finanzieller Unterstützung des Landes. In Darmstadt (Hessen, rot-grün) konnte das Studiticket auf diese Weise für sensationelle 14 DM im Semester realisiert werden, eine Zahl, die für Heidelberg zwar utopisch ist, aber vielleicht tut sich ja was im Land (kleiner Aprilscherz?), damit auch hier manches denkbar wird.

Götz, Ökoreferat  
Christian, Kommunalreferat

## Frauennachttaxi in Heidelberg

Seit 1.9.91 gibt es in Heidelberg ein "Frauennachttaxi" - das heißt: Frauen ohne männliche Begleitung können in der Zeit von 19.00 (Winter) bzw. 20.00 Uhr (Sommer) bis 6.00 Uhr morgens für einen Pauschalbetrag von 5 DM mit dem Taxi von jedem Punkt in HD zu jedem Ziel (innerhalb der Stadtgrenzen) fahren. Wichtig: "Fahrscheine" für das Frauennachttaxi gibt's nur im Vorverkauf bei den Bürgerberatungstellen, der Rathauspforte, dem Amt für Öffentliche Ordnung, im Landfriedstift und bei der Frauenselbsthilfe Courage. Benutzt wird das Frauennachttaxi wie jedes normale Taxi - frau muß nur dem Fahrer/der Fahrerin einen Fahrschein in die Hand drücken und auf ordnungsgemäße Ausfüllung achten. Insbesondere: Fahren mehrere Frauen zusammen, müssen die Fahrscheine (jede Frau braucht einen) mit einem "S" markiert. Nur dann können die 200.000 DM, mit denen die Stadt das Projekt finanziert, das vorge-sehene Jahr lang halten: Von diesem Geld wird die Differenz zwischen den 5 DM und dem "normalen" Fahrpreis bezahlt.

# Unimut

ZEITUNG an DER



HEIDELBERG

Nr.45 11.10.91

Wehret den Anfängen

## Der Schoß ist fruchtbar noch ...

und wie sehr, das zeigt sich nicht erst seit Hoyerswerda oder - in unserer Nähe - dem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Reilingen und den Angriffen auf vier Nigerianer in Brühl.

Schon im Juli, nachdem bekannt wurde, daß die Stadt plante, ein seit zwei Jahren zum Verkauf stehendes Hotel im Ziegelhausener Ortsteil Peterstal zu kaufen, um dort AsylbewerberInnen unterzubringen, bildete sich dort eine Bürgerinitiative "gegen die massierte Unterbringung von Asylbewerbern im historischen Ortskern" - die sich natürlich gegen den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit oder gar des Faschismus entschieden verwahrte. Zwar wurde der Form halber immer wieder betont, man habe durchaus nichts gegen AsylantInnen. Gleichzeitig befürchtete Leserbriefschreiber W. Frickhöffer in der RNZ (10/11.8.1991): "Durch diese Unterbringung wird der Ortskern von Peterstal - ein historisches Kleinod - entscheidend verändert und wird der Fremdenverkehr - mühsam in Peterstal aufgebaut - entscheidend gefährdet...Das Prädikat "Erholungsort" könnte verloren gehen"

H. Beisel bringt in seinem Leserbrief seine Vorurteile noch etwas deutlicher auf den Punkt: "Und wer, wie so mancher arbeitslose Asylant aus vorwiegend afrikanischen Ländern, die schnelle Mark auf unseren Drogenmärkten machen will, kann mit Sicherheit nicht mit den Sympathien der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung rechnen". Klar: Das Feindbild des braven Bürgers sind nicht Skinheads, die Flüchtlingswohnheime angreifen, sondern die Menschen mit nicht-deutschem Aussehen, die hierherkommen, von unseren Steuern leben oder uns - seit Aufhebung des Arbeitsverbots - gar Arbeitsplätze wegnehmen (ungeachtet der Tatsache, daß AsylbewerberInnen nur Arbeitsplätze erhalten, auf die das Arbeitsamt keine deutschen BewerberInnen vermitteln kann)

Die Bürgerinitiative erhielt - wie nicht anders zu erwarten - Schützenhilfe von CDU und Freier Wählerversammlung (FWV), die aus ihrer Forderung nach einer Grundgesetzänderung politisches Kapital zu schlagen suchten und der SPD ein Herumdoktern an Symptomen (=Unterbringung von AsylbewerberInnen) anstelle einer Ursachenbekämpfung (=Grundgesetzänderung und-Zurückweisung von Asylsuchenden an der Grenze) vorwarfen.

"Rund 95% aller Asylbewerber werden nicht verfolgt, sondern sind Wirtschaftsfüchtlinge", behauptet CDU-Stadtrat Werner Pfisterer, nachdem er unter der Überschrift "Wieviele Asylanten verträgt Heidelberg noch?" mit grauenregenden Zahlen (50.000 ausländische Flüchtlinge in Baden-Württemberg) und "Fakten" über den "Zustrom von Asylbewerbern" aufgewartet hat (z.B. "Oft kommen nicht die Armen zu uns, sondern solche Menschen, die für viel Geld durch Schlepper nach Deutschland geholt und dann von Rechtsberatern mit allen Tricks versorgt werden, damit sie hierbleiben und Asyl und Geld bekommen können"). Vom Zynismus und versteckten Rassismus, der aus solchen Worten spricht,

einmal abgesehen, sind die dargebotenen Informationen auch noch falsch. In Wirklichkeit ist die Anerkennungsquote von 4,4% (1990) auf 7,9% (im ersten Halbjahr 1991) gestiegen. Diese vom Bundesamt genannte Zahl bezieht sich außerdem auf alle *gestellten* Anträge. Zieht man durch Rücknahme des Antrags, Ausreise etc "erledigte" Fälle ab, ergibt sich schon eine Anerkennungsquote von 9%. Diese Zahl verdoppelt sich noch einmal aufgrund der Gerichtsverfahren, die das Bundesamt verpflichten, einen Flüchtling doch noch als politisch verfolgt anzuerkennen. Zudem sind die abgelehnten AsylbewerberInnen nicht etwa Armuts- bzw "Wirtschafts"-Flüchtlinge, wie die CDU behauptet. Sie kön-

Fortsetzung auf S.4

## Und ob hier ein Grundrecht mißbraucht wird!!

Es ist doch aber auch wirklich ein Skandal. Da meinen es die Eltern des Grundgesetzes so gut und nehmen alle möglichen Menschenrechte in die freiereitlich-demokratische Verfassung mit auf, um der Nachkriegszeit ihren guten Willen zu zeigen. Und dann kommen da in letzter Zeit Tausende und Abertausende und mißbrauchen ein Grundrecht, nur um aus ihrer aktuellen miserablen Lage herauszukommen. Eins muß mal ganz klar sein: Die Grundlage unseres Staates wird im Moment dadurch beleidigt, daß unzählige (zugegebenermaßen auch noch etwas fremdartig aussehende) Leute sich durch unwürdigen Gebrauch eines Artikels der Verfassung profanen materiellen Vorteil verschaffen!

Das Grundrecht, um das es geht, ist natürlich ... das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Denn trotz der überreizten Stimmung, trotz der schon fast unzähligen Brandanschläge auf Häuser, die von Asylsuchenden bewohnt werden, und trotz der Toten, die es schon gegeben hat, wird weiter Öl ins Feuer gegossen. Die CDU nutzt dieses Thema rücksichtslos aus, um die in den letzten Monaten für sie eher ungünstige Wahlstimmung aufzufangen. (Die folgenden Zitate stammen aus der Frankfurter Rundschau vom 9.10.) Bei

den Kommunalwahlen in Niedersachsen richtete sich die Wahlkampagne der CDU gegen "den Mann aus Westafrika, der mit Rauschgifthandel bei uns Geld verdienen will" und "Sinti und Roma, die gern auf Wanderschaft sind". Für 1992 wurden von der CDU "500 000 Asylbewerber" vorhergesagt, von denen "95% durch Täuschung versuchen, den Asylantenstatus zu erreichen". Und unser Bundeskohl benutzt am Tag der deutschen Einheit, der für ihn wohl eher der Tag 3 Tage vor der Wahl in Niedersachsen war, eine Fernsehansprache, um sich als Schwarzer Ritter im Kampf gegen den "Asylmißbrauch" aufzuspielen. Die gewalttätigen Ausschreitungen werden in einem Nebensatz und mit einer Krokodilsträne abgehandelt.

Der CDU-Landesvorsitzende in Niedersachsen, Stock heißt der auch noch, freute sich am Montag denn auch: "Das Thema Asyl hat uns gut getan" und die CDU sei nun "aus der Talsolie heraus".

Wie hätte mein Großvater dazu gesagt: *Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wird dann mißbraucht, wenn jeder Arsch meint, ein Furz wäre schon ein Lied, und anfängt, zu singen.*

Und so ist das dann doch wohl auch gerade.

Gerald

# Die Inkonsequenz deutscher Politik

## Schwangerschaftsabbruch "Massenmord", Rechtsradikalismus "verständlich"?

Als Frau befremdet es mich in nicht geringem Maße zu beobachten, in welcher unterschiedlicher Art und Weise die zur Zeit aktuellen Themen Rechtsradikalismus und Schwangerschaftsabbruch/§218 von deutschen Politikern (und dabei möchte ich vor allem die männlichen unter ihnen hervorheben) diskutiert werden. Was zunächst einmal in Erstaunen versetzt, ist Zeit und Mühe, die für beide Themen in recht unterschiedlichem Ausmaß investiert werden. Während es lange, heftige Diskussionen und emotionale Ausbrüche gibt, wenn es darum geht, das ungeborene "Leben" zu schützen, lassen sich auf der anderen Seite nur vereinzelt trockene, lapidare und von wenig Betroffenheit begleitete Aussagen zu Anschlägen auf real existierende AusländerInnen vernehmen: Sollten die ungeborenen Deutschen in diesem Land etwa schützenswerter sein als die bereits geborenen AusländerInnen? Forscht frau/mann nach den Ursachen solcher differenzierter Handhabung, so wird die Suche nicht eben erschwert, denn die Politiker liefern freundlicherweise die Erklärung gleich mit:

- Ihrer Ansicht nach handelt es sich bei Frauen, die sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entschließen, um grausame und verbrecherische Wesen, die mal eben abtreiben und dies aus offenkundig niederen Motiven: Sie sind gefühllos, egoistisch und gleichgültig, nicht bereit dazu, Verantwortung zu tragen und womögliche auch zu bequem, ein Kind großzuziehen. Auffällig an die-

ser Argumentationslinie ist, daß die Politiker nie auch nur annähernd dem Gedanken verfallen, die betreffenden Frauen könnten gute Gründe für einen Abbruch haben; die selbsternannten Fachmänner kommen nicht auf die Idee, daß eine solche Entscheidung den Frauen mitnichten leichtfällt und sie vor allen Dingen oftmals an großen psychischen Problemen vor und nach dem Abbruch tragen.

- Anders scheint es hingegen bei den Rechtsradikalen zu sein, denn deren Handlungen sind offensichtlich nachvollziehbarer und menschlicher. Nur so ist es jedenfalls aufzufassen, wenn ein Rührer oder ein Schäubler auf einmal seine sensiblen und mitfühlenden Seiten entdeckt, indem er behauptet, daß diesen armen Menschen (im übrigen zumeist männlichen Geschlechts), die Anschläge auf AsylbewerberInnen verüben, ja schließlich gar nichts anderes übrigbliebe, da sie immerhin derartig verwirrt ob der neuen Lebensumstände

Dieses Wochenende findet eine **Demonstration gegen AusländerInnenfeindlichkeit** statt. Wer teilnehmen will, und das wollen wir ja alle, muß am **Samstag, dem 19.10.** um **13.00 Uhr** am **Bismarckplatz** sein.

### Fortsetzung von S.1

nen häufig nur nicht ihre persönliche Verfolgung in ihrem Heimatland nachweisen. Viele gehören aber ethnischen oder religiösen Minderheiten an, die in ihrem Heimatland systematisch diskriminiert oder verfolgt werden, oder sie fliehen vor Bürgerkriegen. Zwei Drittel der nicht als asylberechtigt anerkannten Flüchtlinge durften daher in den letzten Jahren bleiben. Von den 57.605 AsylbewerberInnen, die 1989 abgelehnt wurden, erhielten 34% ein Aufenthaltsrecht, 6% stellten einen Folgeantrag, 17% wurden geduldet.

Bei der gegenwärtigen Diskussion gerät häufig in den Hintergrund, daß das Asylrecht bereits im Juli dieses Jahres verschärft wurde. So konnten bisher die Innenminister der Bundesländer Abschiebestops für abgelehnte AsylbewerberInnen erlassen, deren Rückkehr in ihr Heimatland aufgrund ihrer Angehörigkeit zu ethnisch oder religiös verfolgten Gruppen oder wegen Bürgerkriegen nicht verantwortbar war. Seit dem 1.7.1991 ist für diese Abschiebestops die Zustimmung des Bundesinnenministeriums erforderlich. In Baden-Württemberg gibt es zur Zeit beispielsweise keinen Abschiebestoperlaß für KurdInnen aus der Türkei - obwohl die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei hinreichend

bekannt ist. Trotz ihrer Beteuerung, Fluchtursachen bekämpfen zu wollen, unternimmt die Bundesregierung keinerlei Versuche, den Wirtschafts- und NATO-Partner Türkei zu einer Einhaltung der Menschenrechte zu bringen. Während über weitere Verschärfungen des Asylrechts diskutiert wird, sind derzeit kurdische Familien von Abschiebung bedroht. Und Kurdistan ist nur ein Beispiel von vielen.

**AUF 10.000 EINWOHNER/INNEN KOMMEN NUR 78 FLÜCHTLINGE, ABER 600 FASCHISTEN** (Bremer Wahlergebnisse zugrundegelegt)

Weltweit gibt es über 17 Millionen Flüchtlinge. Allein in Pakistan leben fast 3 Mio. Flüchtlinge aus Afghanistan. Hunderttausende sind aus Äthiopien in den Sudan geflohen. Insgesamt beherbergen afrikanische Länder 5,4 Mio. Flüchtlinge. Von den 2,4 Mio. Flüchtlinge, die nach Nordamerika und Europa fliehen, kommen nur 156000 nach Deutschland. In Anbetracht solcher Zahlen erscheint es geradezu absurd, wenn baden-württembergische Gemeinden, die gerade mal 78 Flüchtlinge pro 10.000 Einwohner unterbringen sollen, mit "das Boot ist voll"-Parolen Stimmung machen oder sich wie Weinheim - sogar versuchen zu weigern, die ihnen zugewiesene Anzahl von AsylbewerberInnen aufzunehmen.

Sabine

sein und mit der neuen Situation einfach nicht zurecht kämen.

Nun denn - so leicht ist es also plötzlich, sich in Notlagen anderer hineinzuversetzen. Seltsamerweise kommt in Zusammenhang mit den angegriffenen AusländerInnen niemand auf die Idee, von einem herannahenden Holocaust zu sprechen, was im Falle der Schwangerschaftsabbrüche aber gerne als Vergleich herangezogen wird, um der Bevölkerung die "Brutalität" des Ganzen deutlich vor Augen zu führen.

Die Rechtsradikalen hingegen, welche immerhin klar erkennbar mit Hakenkreuzen und ähnlichem Zierat herumschmeißen und die entsprechenden Parolen dazu parat haben, werden lieber als ein kleiner Haufen Halbwüchsiger abgetan, die sich mal eben ein wenig auszutoben gedenken, um dann späterhin ins gesittete und demokratisch-gesinnte bürgerliche Leben zurückzufinden.

In Deutschland scheint eine Art und Weise der Vergangenheitsbewältigung zu herrschen, die sich offensichtlich an wirtschaftlichen Interessen und Gesichtspunkten, jedoch nicht an menschlichen orientiert. Die Vergangenheit ist längst passé, wenn AusländerInnen brutal zusammengeschlagen werden und eine breite Masse mit den Tätern sympathisiert (gar Beifall spendet!) oder einfach den Mund hält.

Immerhin läßt der "Erfolg" nicht lange auf sich warten, die Zahl der AsylbewerberInnen beginnt zu sinken. Was derzeit in der deutschen Politik und auch in der deutschen Bevölkerung passiert, ist menschenverachtend und haarsträubend.

Mich persönlich versetzt das in Angst und Ekel.

### IMPRESSUM

UNIMUT - Zeitung an der Uni Heidelberg

Nr. 45 11. Oktober '91

UNIMUT erscheint: alle 2 Wochen

Redaktionsschluß: Montags, 14<sup>00</sup> Uhr

Mitarbeit diesmal: Gerald Till Maximilian  
Sabine Andrea Anni u.a.

Druck: Druckwalze GdBR

Auflage: 2500

LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

v.l.s.d.p: F(ach)S(chäfts)K(onferenz)  
Lauerstraße 1  
6900 Heidelberg  
Tel.: 06221/542456/7



## Gegen Einweg Gespräch mit dem Mensaleiter



Aus dem Gespräch des Öko-Referats mit dem Leiter der Mensen, Herrn Mühlhauser

Abgesehen davon, daß Pappteller und Plastikbesteck in etwa den Charme verbreiten, wie es sonst nur das Waldfest eines Kleintierzuchtvereins schafft, ist dieses Einweggeschirr wegen des anfallenden Mülls darüberhinaus auch umweltschädigend.

Mit dem Ziel, diesen Müllverursacher aus Mensen und Cafeterien zu vertreiben, traf sich das Öko-Referat mit Herrn Mühlhauser, dem Leiter der Mensen. Der meiste "Einweg-Müll" falle in der Nichtraucher- und Chemikercafeteria im Feld sowie in der Triplex-Cafeteria an, weil dort, so sagte er uns, noch keine Spülmaschine gebe. Diese ist vom Studierendenwerk längst bei der Landesverwaltungsstelle angefordert, es könne

sich bis zur tatsächlichen Inbetriebnahme nur noch um Jahre handeln... Daß uns das Essen auf Papptellern und mit Plastikbesteck serviert werden muß, habe noch einen weiteren Grund: Das Studi-Werk muß nämlich etwa 40000 DM für zerbrochenes, aber leider mehrheitlich auch geklautes Geschirr und Besteck ausgeben. Die Kosten hierfür fallen letztlich natürlich in Form einer Preiserhöhung auf uns Studierende zurück.

Bis zur Spülmaschine und der hoffentlich vermeidbaren Preiserhöhung bleibt nur eine Möglichkeit: Kauft eure Tassen und Löffel selbst und bringt sie auch mit in die Cafés, schließlich bekommt ihr den Kaffee dann 10 Pfennige billiger (also jede 8. Tasse gespart!). Herr Mühlhauser gab uns darüberhinaus einige weitere Zahlen und Fakten über die Mensen: Der jährliche Energieauf-

wand (d.h. Strom, Heizung, Wasser) aller Mensen beträgt im Jahr etwa eine Million Mark. Die Müllabfuhr, also die Entsorgung von Abfällen und Altfett, kostet allein für die Mensa im Neuenheimer Feld 33000 DM im Jahr.

Die großen Spülmaschinen im Feld (eine der besten und teuersten Deutschlands - wow!) verbrauchen täglich etwa 15000 Liter Wasser und benötigen zum Spülen eines Tablett fünf Gramm Spülmittel, das wenigstens, so versicherte man uns, biologisch abbaubar sei. Die Mensen bekothen zusammen täglich 11000 (in Worten: elftausend) glückliche (?) Mäuler; dafür sind etwa 180 Angestellte verantwortlich.

Wir möchten uns an dieser Stelle nochmals bei Herrn Mühlhauser für das informative Gespräch bedanken.

Katrin Daschner  
Bernd Kraus

## Chiasmus '91

## Langeweile in Leiden



Wer sich noch daran erinnern kann, für den steht Chiasmus für ein europaweites Treffen von Studierenden, die Universitäten, Studierendenverbände und europäische Austauschprogramme repräsentieren. Das erste Treffen fand 1989 in Bologna, Italien, das zweite 1990 in Coimbra, Portugal statt. Das Treffen in diesem Jahr war in Leiden, eine Stadt ungefähr 40km südlich von Amsterdam. Nachdem wir schon an den letzten Treffen teilgenommen hatten, fuhr auch diesmal eine Delegation des Kastras nach Leiden. Aus ganz Europa kamen ca. 200 Leute. Die Themen der Workshops waren:

- Ausbildung
- Studierende und europäischer Arbeitsmarkt
- Studierende und Gesellschaft
- Studentische Organisationen
- Struktur von Chiasmus
- Nationalismus

Der Workshop "Ausbildung" befaßte sich hauptsächlich mit Austauschprogrammen. Es wurde festgestellt, daß die bestehenden Programme nicht ausreichen und eine größere Anzahl Austauschstudierender gewünscht wird. Kritisiert wurde, daß sich die Austauschprogramme zu Programmen für eine kleine privilegierte Gruppe entwickeln können und daß sie zu eurozentriert sind. Probleme, die im Zusammenhang mit Austauschprogrammen auftauchen, sind die soziale Integration der Austauschstudierenden und die Anerkennung ihrer Scheine. Das Ergebnis des Workshops "Studierende und europäischer Arbeitsmarkt" wurde von der Plenarsitzung abgelehnt. Unter anderem wurde gefordert, daß wir von der Industrie bezahlte Austauschprogramme unterstützen sollen oder auch z.B. das COMETT-Programm, das eher ein Elite-Programm darstellt. Ebenso sollte Chiasmus als repräsentative Vertretung der Studierenden auftreten und Briefe schreiben - dazu mehr im fünften Workshop. Im Arbeitskreis "Studierende und Gesellschaft" wurde über die Rolle der Studierenden in der Gesellschaft und über die Frage gleicher Chancen für alle diskutiert. Die Studierenden als Teil der Gesellschaft und der Universi-

tät haben Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, der sie sich bewußt sein müssen. Dazu gehört, daß Studierende das Verständnis anderer Kulturen und Länder fördern sollen. Die Studierenden müssen die Unis zwingen die Forschungsgelder nicht nur für technologische Forschung sondern ebenso auch für Künste, Geistes- und Sozialwissenschaften zu verwenden. Sie sollen aktiv an der Themenfindung für Forschung und Lehre beteiligt werden. Der Arbeitskreis "Studentische Organisationen" beschäftigte sich mit den Problemen verschiedener Studierendenorganisationen.

Kein Konsens konnte in der Frage der Repräsentativität erzielt werden. Allerdings sollen alle Studierendenorganisationen in einer unabhängigen Zeitschrift die Möglichkeit haben, ihre Ziele vorzustellen. Um mehr Einfluß zu bekommen, muß den Studierenden der Unterschied zwischen studentischen Rechten wie sie sind und wie sie sein sollten bewußt sein. Das Ergebnis des Arbeitskreises "Nationalismus" wurde nur mit knapper Mehrheit in der Plenarsitzung angenommen. Da viele TeilnehmerInnen aus dem Osten in diesem AK waren, wurde "nationale Identität" als positive, politisch und kulturell einigende Kraft empfunden, um repressive Systeme zu stürzen.

Im Gegensatz zum letzten Treffen waren die Plenarsitzungen relativ konstruktiv, Geschäftsordnungsdebatten unterblieben. Diejenigen, die eine "repräsentative Vertretung" auf europäischer Ebene anstreben, blieben in der Minderheit; so wurde im Arbeitskreis "Struktur von Chiasmus" u.a. beschlossen: Chiasmus ist keine repräsentative Studierendenorganisation für Europa. Wer als VertreterIn von Chiasmus auftritt, kann ausgeschlossen werden. Der Kongreß beschließt ein Hauptthema und drei Unterthemen als Basis für das Treffen im nächsten Jahr. Eine Gruppe erklärt sich bereit, zu den Themen zu arbeiten. Mit dem dritten Punkt soll gewährleistet werden, daß die Arbeit zwischen den Treffen nicht liegenbleibt und daß zumindest zu diesen Themen die TeilnehmerInnen vorbereitet sind. Weitere Infos

und demnächst (hoffentlich) das "final document" sind im Kastras zu finden. Für das nächste Treffen wurden folgende Schwerpunkte festgelegt:

- Rechte der Studierenden
- studentische Demokratie
- Faschismus

Die Themen wurden mit Bedacht gewählt, da das nächste Treffen in Istanbul, Türkei, stattfindet. Darüber kam es fast zum Eklat, als ein Antrag gestellt wurde, auch oppositionelle Studierendenengruppen aus Kurdistan, Iran, Irak etc. einzuladen. Die türkische Delegation, die übrigens als einzige das nächste Treffen austragen wollte, hätte ihr

Angebot daraufhin wahrscheinlich zurückgezogen. Der Antrag wurde bei Stimmgleichheit abgelehnt. In Heidelberg wird es wegen der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei deshalb noch eine Diskussion geben, ob wir dem Treffen fernbleiben oder nicht. Neben den Arbeitskreisen und Plenarsitzungen gab es natürlich genug Zeit, die anderen TeilnehmerInnen kennenzulernen oder wiederzusehen, was sicher nicht das geringste Ziel von Chiasmus (griech. in etwa Kreuzungs- oder Treffpunkt) ist. Es wurde übrigens behauptet, die social nights seien der Hauptzweck... Aber auch eine Bootsfahrt durch die Grachten von Leiden ist nicht zu verachten. Kleines Schmankerl am Rande: Holger von Math/Phys wurde für die Zeit des Treffens zum Vorsitzenden gewählt.



André